

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Wichtigste Anzeigen**  
Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Bezirken des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von F. F. Förster & Erben (Inh. J. B. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 38

Freitag, den 14. Februar 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Baumeisters Richard Rudolf Fischer in Pulsnitz soll die Schlussverteilung erfolgen. Die gesamten Einnahmen betragen 19 805 85 RM. Hieron sind bereits 2530,43 RM an die bevorrechtigten Gläubiger der 1. Wertklasse und 3 219 07 RM an Massegläubiger und Masseverbindlichkeiten bezahlt, sodas noch 14 056,35 RM zur Verfügung stehen.

Bei der Verteilung sind zu berücksichtigen Forderungen zum Betrag von 66 848,26 RM, darunter 3 326,68 RM bevorrechtigte. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht aus.

Pulsnitz, den 12. Februar 1930

Rechtsanwalt Dr. Schröpfer, als Konkursverwalter

**Ankündigungen aller Art**  
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Die Finanzminister der Länder traten heute früh 10 Uhr beim Reichsfinanzminister zur Besprechung laufender Finanzfragen zusammen. Zur bevorstehenden Mieterschutzhausprüfung im Reichstage hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einen Gesetzentwurf zur Regelung des Mietwesens eingebracht, der sämtliche jetzt bestehenden Mieterschutzgesetze ersetzen soll.

In einem Krankenhaus in Granada (Spanien) sind infolge falscher ärztlicher Behandlung fünf Kinder gestorben. Sechzehn weitere ringen mit dem Tode.

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, brach dort am Donnerstag in einer der Hauptstraßen der Stadt ein Großfeuer aus, wobei das königliche Theater sowie zahlreiche Geschäftshäuser ein Raub der Flammen wurden. Der Schaden wird vorläufig auf 8 Millionen Mark geschätzt.

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** Die Mütterberatung findet am Dienstag, den 18. Februar 1930, nachmittags 3—4 Uhr, im Rathaus — 1 Treppe — statt.

(Um den Religionsunterricht) Wie aus Dresden gemeldet wird, hat das Volksbildungsministerium verordnet, daß Religionsunterricht innerhalb des Gesamtunterrichts nur erteilt werden darf, wenn in der Klasse keine Kinder vorhanden sind, die vom Religionsunterricht abgemeldet worden sind. Auch hat das Ministerium einen Bezirksinspektur auf Anfrage dahin beschieden, er habe darüber zu machen, daß die nicht vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder auch auf der Unterstufe zwei Stunden Biblische Geschichte und die vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder zwei Stunden gefinnungsbildenden Unterricht erhalten.

(In diesem Jahre), wo Fastnacht und Aschermittwoch in den März fallen, haben Freunde von Maskenbällen und frühlichen Festen ausreichende Gelegenheit, sich des Lebens zu erfreuen — soweit dies die Verhältnisse gestatten. Ein Leser schreibt nun: „Ob nicht mancher in dieser schweren Zeit des Guten zuviel tut? Es will scheinen, als habe das Verantwortungsgefühl bedenklich nachgelassen, und als lebten manche Menschen weit über ihre Verhältnisse. Diesen sei zugerufen: Lernet auch sparen! Bezahlt eure Schulden! Noch nie war das Volk der Denker und Dichter so verschuldet wie heute, wo das Borgwesen (vielmehr Borgunwesen) Dimensionen angenommen hat, die Allerjüngstbesorgten befürchten lassen. Aus Einzelnen besteht ein Volk. Wie wäre es, wenn allen Verhältnissen zum Trotz jeder Einzelne den eisernen Vorsatz fassen würde: Du gibst nicht mehr aus, als du einnimmst! Nur auf dieser Basis ist ein Vorwärtkommen unserer Volksgemeinschaft möglich. Wohlgeachtet; nur auf dieser! Es ist der einzige Weg, der nach oben führt.“

(Vor einem Jahre. Bei 32 Grad Kälte!) Nun ist ein Jahr vergangen, seit die unerhörte, seit Menschengeboten nicht dagewesene Kältewelle auch über unsere Gegend ging, als alles im Eis erstarrte, die Not der Kreatur ungeheuerlich wurde und allein in Pulsnitz ein Schaden an den Wasserleitungen und dem Baumbestand der öffentlichen Parkanlagen und Straßen entstand. Wochenlang lastete die sibirische Kälte über dem Lande, wochenlang schien es, als sollte alles, was krecht und flucht, vergehen. Am furchtbarsten war die Kälte an den Tagen vom 9. bis 12. Febr. 1929. Die Temperaturkurve stürzte an diesen wenigen Tagen von etwa 8 Grad Celsius auf 32 Grad Celsius herab, um dann bis zum 17. Februar langsam wieder bis auf etwa 5 Grad Celsius zu steigen. Es war einfach ungeheuerlich! Alles senkte unter dem Tiefstand der Temperatur, unter dem selbstverständlich auch viele Menschen schwer zu leiden hatten, besonders die, um deren Kohlenkeller es knapp bestellt war

## Generalangriff gegen die „Antifaschistischen Organisationen“

Hausdurchsuchung im Zentralbüro der Organisation — Landesverräterische Pläne entdeckt

Auch die Wirtschaftspartei lehnt den Youngplan ab — Ein amerikanisches Urteil über Wilhelm II. — Die Roggenmagazinierung gesichert — Das Ende des Privatkapitals in Rußland

Nach langen und geheimen Ermittlungen hat die Politische Polizei am Donnerstag zu einem großen Schläge gegen die sogenannten „Antifaschistischen Organisationen“ der Kommunisten, deren Zentralbüro sich in Berlin in der Münzstraße 22 befindet, ausgehört. Der Hauptanschlag richtete sich gegen das Büro der sogenannten Antifaschistischen jungen Garde in Berlin, wo alle Fäden der im Reich weitverbreiteten „Antifaschistischen Organisationen“ zusammenlaufen. Beamte der Abteilung IA des Polizeipräsidenten drangen am Donnerstag vormittag überraschend in das Büro in der Münzstraße 22 ein und beschlagnahmten das gesamte Akten- und Schriftmaterial sowie auch Bargeld in bedeutender Höhe. Es wird voraussichtlich ein

allgemeines Verbot der „Antifaschistischen Organisationen“ im ganzen Reich

kommen, weil so viel Belastungsmaterial für die ungesetzliche Tätigkeit der antifaschistischen Organisationen von der Politischen Polizei zusammengetragen wurde, daß ein sofortiges Einschreiten unbedingt notwendig war. — Nach der überraschenden Durchsuchung in der Münzstraße 22 haben die Beamten der Politischen Polizei noch weitere vier kommunistische Büros in Berlin durchsucht und dort ebenfalls wichtiges Material vorgefunden. Im preussischen Innenministerium fand sofort eine Sitzung statt, in der über das vorläufige Ergebnis der Aktion Bericht erstattet wurde.

Die sogenannten „Antifaschistischen Organisationen“ sind nach der am 3. Mai 1929 erfolgten Auflösung des „Roten Frontkämpfer-Bundes“ und der „Roten Jungfront“ ins Leben gerufen worden. Schon kurze Zeit nach der Gründung der antifaschistischen Organisationen tauchte der Verdacht auf, daß im Zentralbüro in der Münzstraße in Berlin

### Landesverräterische Pläne

geschmiedet werden. Im Laufe der weiteren geheimen Beobachtungen hat sich dieser Verdacht immer mehr verstärkt, vor allem wurden in dem Zentralbüro zahlreiche Gewalttaten der Kommunisten vorbereitet. Soweit bisher ermittelt wurde, haben im Büro der „Antifaschistischen jungen Garde“ auch geübte politische Verbrecher, die sich unter falschem Namen in Berlin aufgehalten haben, verkehrt.

### Nach Sabotageakten

wieder völlige Ruhe bei Opel.

Der Betriebsrat stellt sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung.

Rüsselsheim. Die kommunistische Aktion in den Opelwerken hat ein schnelles Ende gefunden. Donnerstag morgen war zum Beginn der Arbeit die Belegschaft der Opelwerke geschlossen in einer Stärke von rund 7000 Mann wieder angetreten. Es fehlten nur zwei- bis dreihundert Mann, die sich bei den Unruhen am Vortage besonders hervorgetan haben. In den frühen Morgenstunden des Donnerstag trat der Betriebsrat zusammen, sprach sich auf das schärfste gegen das Vorgehen der kommunistischen Arbeiter aus und stellte sich der Werkleitung für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Werken zur Verfügung.

Obwohl die Arbeit wieder in vollem Gange ist, ist die Bevölkerung doch noch nicht beruhigt, da sich in der Umgebung noch eine Menge unruhiger Elemente umhertreibt. Die Bevölkerung fordert, daß die festgenommenen kommunistischen Landtagsabgeordneten Müller und Sumpf nicht wieder, wie nach den feinerzeitigen Wormser Unruhen, freigelassen werden.

Wie erst jetzt bekannt wird, haben im Laufe der kommunistischen Aktion in den Opelwerken Sabotageakte stattgefunden.

Unter Führung des Landtagsabgeordneten Müller drangen die Kommunisten gewalttätig in die verschiedenen Abteilungen ein und suchten unter Androhung von Gewalt die Arbeitswilligen aus den Räumen zu entfernen. Der nicht-kommunistische Betriebsratsvorsitzende, der den Eindringlingen entgegentrat, wurde mit Messern bedroht. Es gelang den Kommunisten, verschiedene Montagebänder und Dampfessel stillzulegen, so daß das ganze Werk mit Ausnahme weniger Abteilungen ruhte. Die Lage wurde besonders kritisch durch den Umstand, daß am Mittwoch Lohnzahlung war und über 100 000 Mark ausgezahlt werden mußten. Die Lohnzahlung ging dann unter dem Schutz der Polizeikräfte vor sich.

## Die Young-Gesetze dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung, Donnerstag, 13. Februar.

Im Reichstag wurden am Donnerstag sämtliche Vorlagen zum Young-Gesetz dem Auswärtigen und dem Haushaltsausschuss überwiesen. — Der deutsch-türkische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag wurde in erster und zweiter Beratung angenommen. Der deutsch-schweizerische Vertrag über die Regelung des Rheins und der deutsch-bulgarische Konsulatsvertrag gingen an die zuständigen Ausschüsse. Die Eingabe der Angestellten und Arbeiter der Ruhrbach-Flugzeugwerke über die Sicherstellung ihrer Löhne wurde der Reichsregierung zur Erwägung überwiesen.

In der Debatte hielt als erster Redner der Abgeordnete Stöcker (Komm.)

eine Rede gegen die katholische Kirche, und zwar wegen des Aufrufs des Papstes gegen die Sowjetunion. Die Redewendungen des Abg. Stöcker waren so scharf, daß der Präsident den kommunistischen Abgeordneten mehrfach zur Ordnung rufen mußte. Stöcker erklärte: „Der Papst hat eine heuchlerische Bannbulle (Ultrike im Zentrum) gegen Sowjet-Rußland erlassen. Der „Vorwärts“ des Herrn Stämpfer verbreitet die Lüge, die russische Botschaft habe 5000 Exemplare der „Roten Fahne“ abonniert. Tatsächlich bezieht die russische Botschaft nur 12, die Sowjet-Handelsvertretung nur 2 Exemplare. Ich nenne Herrn Stämpfer öffentlich einen ganz infamen Schwindler und Verleumder. (Abg. Stöcker erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Dr. Wendhausen (Christlichnat. Arb.-Gem.)

vermißt den amtlichen Widerruf der Kriegsschuldfrage im Haag. Die gesamte Reparationslast, die Deutschland auf Grund dieser Lüge aufgebürdet werde, sei tatsächlich auf 180 Milliarden zu veranschlagen. Wenn man ehrlich sein wolle, dürfe man diesen unersättlichen Vertrag nicht unterschreiben. Auf die Sanktionsklausel könne sich auch Polen berufen. Polen werde dadurch erst in die Lage versetzt, seine Entdeutschungspolitik in vermehrtem Maße fortzusetzen.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.)

nannte es eine nicht zu überbietende Frivolität der deutschen Delegation, daß sie die Entscheidung über Tod und Leben des deutschen Volkes in die Hände des Haager Schiedsgerichts bei der Verrechnungsklausel gelegt habe.

Damit schloß die Aussprache, und das Haus vertagte sich auf Mittwoch, den 19. Februar, 4 Uhr mit der Tagesordnung: Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

Auch die Wirtschaftspartei lehnt den Young-Plan ab.

Die Wirtschaftspartei des Reichstages, die eine Fraktionslösung ablehnt, beschloß, den Young-Plan abzulehnen. Die Partei wird beantragen, die Beschlußfassung so lange auszusetzen, bis die Finanzreform erledigt ist.

